

Mazedonien

Oliver Schwarz

Trotz einer schweren innenpolitischen Krise haben die mazedonischen Kommunalwahlen 2013 die Machtposition der regierenden nationalkonservativen VMRO-DPMNE unter Ministerpräsident Nikola Gruevski bestätigt. Ein konstruktiver politischer Dialog zwischen Regierung und Opposition ist nach den Wahlen ebenso wenig in Sicht wie eine nachhaltige Verbesserung der allgemeinen interethnischen Beziehungen. Vor diesem Hintergrund und angesichts des ungelösten Namensstreits mit Griechenland tritt die europäische Integration Mazedoniens weiterhin auf der Stelle.

Innenpolitische Entwicklung

In wirtschaftlicher Hinsicht schloss Mazedonien das Jahr 2012 mit einem negativen Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,3% ab. Die Inflationsrate betrug 3,3%. Ein besonderes Problem stellt die mit 31% außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit dar. Besorgnis erregend ist hier vor allem das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit. So waren im vierten Quartal des Jahres 2012 knapp 53% aller Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahre ohne Arbeit. Während die Gruppe der Jugendlichen lediglich 11% aller Erwerbstätigen ausmacht, stellt diese immerhin 19% aller Arbeitslosen.¹

In politischer Hinsicht löste die Haushaltsabstimmung des mazedonischen Parlaments am 24. Dezember 2012 eine schwere Krise aus. Die oppositionelle Sozialdemokratische Union von Mazedonien (SDSM) hatte im Vorfeld der Regierung vorgeworfen, das Land in die Schuldenfalle zu treiben. In die Etatdebatte wurden daher 1.225 Änderungsanträge eingebracht. Zusätzlich hatten oppositionelle Anhänger versucht, das Parlamentsgebäude zu verbarrikadieren. Als es schließlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, ließ die Regierung Angehörige der Opposition und akkreditierte Berichterstatter aus dem Plenarsaal entfernen. Anschließend wurde der Haushalt durch die Mehrheit der Regierungskoalition verabschiedet. Die SDSM boykottierte fortan die Parlamentsarbeit und kündigte an, auch nicht an den Kommunalwahlen 2013 teilnehmen zu wollen.

Es bedurfte einer persönlichen Intervention des für die EU-Erweiterung zuständigen Kommissars Štefan Füle, der zusammen mit dem Berichterstatter des EU-Parlaments für Mazedonien Richard Howitt und dem ehemaligen EU-Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek am 1. März nach Skopje reiste. Unter Vermittlung der EU willigte die SDSM schließlich ein, doch an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Die Regierung sicherte im Gegenzug zu, eine paritätisch mit Kräften aus Regierung und Opposition zu besetzende Kommission einzurichten, um die Vorgänge am Heiligabend 2012 aufzuarbeiten. Des Weiteren sollten Maßnahmen zur Sicherstellung der Medien- und Meinungsfreiheit realisiert werden. Nach den Kommunalwahlen sollte zudem eine Wahlrechtsreform in Angriff genommen sowie mit den Beratungen zur Durchführung der nächsten Parlamentswahlen begonnen werden.²

1 Vgl. European Commission: EU Candidate and Pre-accession Countries' Economic Quarterly, Brüssel, Januar 2013, S. 11ff.

2 Vgl. Heinz Bongartz: Was ist los in Mazedonien? Ein parlamentarisches Trauerspiel vor den Toren der EU, Berlin, März 2013.

Am 24. März fand die erste Runde der mazedonischen Kommunalwahlen statt. Insgesamt 1.743.403 Stimmberechtigte waren zur Wahl aufgerufen. Die Wahlen auf lokaler Ebene fanden seit der Unabhängigkeitserklärung Mazedoniens im Jahr 1991 zum fünften Mal statt. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 66,81% im ersten Durchgang fiel in 38 von 80 Gemeinden das Amt des Bürgermeisters direkt an die mazedonische Regierungspartei VMRO-DPMNE. Ihr albanischer Koalitionspartner, die Demokratische Union für Integration (DUI), konnte sich in acht Gemeinden erfolgreich durchsetzen. Eine Stichwahl war in 28 Gemeinden sowie in der Hauptstadt Skopje notwendig und fand am 7. April statt. Mit einer etwas geringeren Wahlbeteiligung von 64,9% setzte sich der Erfolg der beiden Regierungsparteien auch hier weiter fort. In Skopje gewann der bisherige Amtsinhaber Koce Trajanovski von der VMRO-DPMNE die Bürgermeisterwahlen. Insgesamt stellt die VMRO-DPMNE damit 56 Bürgermeister und die DUI weitere 14. Die oppositionelle SDSM setzte sich im Bündnis mit der Liberaldemokratischen Partei (LDP) lediglich in vier Gemeinden erfolgreich durch. Darunter fällt jedoch die strategisch wichtige Gemeinde Centar, die nun vom Parteivorsitzenden der LDP Andrej Žernovski regiert wird.³ Als einer von zehn Stadtbezirken Skopjes ist Centar Hauptschauplatz des umstrittenen Städtebauprojekts „Skopje 2014“ der mazedonischen Regierung. Ein Konflikt ist hier schon vorprogrammiert. Nach ersten Berichten der internationalen Beobachter sind die Wahlen insgesamt in ruhiger und friedlicher Atmosphäre ohne gravierende Zwischenfälle verlaufen. Deutliche Kritik erfuhr jedoch die Beeinflussung der Medien durch die Politik. Eine neutrale Berichterstattung sei nicht gegeben gewesen.⁴ Für die Opposition ist das Wahlergebnis eine herbe Enttäuschung. Die gerade von der SDSM betriebene Obstruktionspolitik wurde vom Wähler nicht goutiert. Branko Crvenkovski trat daraufhin noch im April als Parteivorsitzender zurück. In die kommenden Parlamentswahlen wird nun Zoran Zaev die SDSM führen.

Europäische Integration

Im Oktober 2012 sprach sich die Kommission zum vierten Mal in Folge für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien aus.⁵ Aufgrund des primär durch das Veto Griechenlands stagnierenden Beitrittsprozesses hatte die Kommission im März 2012 bereits einen informellen Beitrittsdialog auf hoher Ebene angestoßen. Angesichts der dramatischen innenpolitischen Entwicklung kam der Rat im Dezember darin überein, seine Entscheidung von einem zusätzlichen Bericht der Kommission abhängig zu machen.⁶ Die Kommission legte diesen Bericht im April 2013 vor. Gerade hinsichtlich des Namensstreits hob sie darin positiv hervor, dass Gespräche zwischen den Konfliktparteien „neuen Elan“ erhalten hätten.⁷ Auch das Europäische Parlament hob Mitte Mai im Rahmen einer Entschließung noch einmal die Bedeutung der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen für Mazedonien hervor und forderte den Rat auf, diesbezüglich noch bis Ende Juni eine Entscheidung zu treffen.⁸

3 Vgl. Konrad Adenauer Stiftung/Institute for Democracy: *The Republic of Macedonia's 2013 Local Elections Handbook*, 2. Aufl., Skopje 2013.

4 Vgl. OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights: *Election Observation Mission*, Skopje, 7.4.2013, S. 1.

5 Vgl. Europäische Kommission: *Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2012-2013*, Brüssel, 10.10.2012, S. 30.

6 Vgl. Rat der Europäischen Union: 3210. Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten, Brüssel, 11.12.2012, S. 23.

7 Europäische Kommission: *Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien: Durchführung von Reformen im Rahmen des Dialogs auf hoher Ebene und Förderung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen*, Brüssel, 16.4.2013, S. 15.

8 Vgl. Europäisches Parlament: *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Mai 2013 zu dem Fortschrittsbericht 2012 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, Straßburg, 23.5.2013.